

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1934

273 (22.11.1934)

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbezirk monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamteinhalt: Luise Dups, Durlach, D. A. X. 3400.



Anzeigenberechnung: Die gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Plakatschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Beziger keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 273

Donnerstag, den 22. November 1934

106. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat bestimmt, daß unter Aufhebung aller bisherigen Bestimmungen Preise, Preispannen oder Zuschläge aller Art in Zukunft nur noch durch den Reichskommissar für Preisüberwachung festgesetzt werden.

Die Reichsregierung hat ein besonderes Gesetz zur Sicherung der Düngemittel- und Saatgutversorgung erlassen.

Der Reichskommissar für Vieh-, Milch- und Fettwirtschaft hat eine Anordnung erlassen, in der die Festpreise für Butter ab 21. November enthalten sind.

Am Dienstag wurde die geheime Tagung der Abrüstungskonferenz eröffnet, in der dann beschlossen wurde, die Konferenz auf Januar zu vertagen.

Auch die außerordentliche Völkerbundsversammlung ist am Dienstag in Genf zusammengetreten und hat den mexikanischen Vertreter Najera zum Präsidenten gewählt.

Auf der Tagung der Abrüstungskonferenz gab der Vertreter Oesterreichs eine Erklärung ab, keinem Abrüstungsabkommen zuzustimmen, ehe nicht Oesterreich Gleichberechtigung hinsichtlich der Verteidigungswaffen erhalten habe.

Der Heceresauschuss der französischen Kammer sprach sich dafür aus, daß die im Haushaltsplan für 1935 erfolgte Streichung der Ausgaben für neue Befestigungsanlagen usw. im Betrage von 350 Millionen rückgängig gemacht wird. Luftfahrtminister Benaim befristete im Luftfahrtauschuss die Kosten für die Modernisierung der französischen Luftflotte auf 3 1/2 Milliarden Franken.

An der ungarisch-slowakischen Grenze wurde ein 20jähriger Landstreicher verhaftet, der im Verdacht steht, den polnischen Innenminister Bieracki ermordet zu haben.

Festpreise für Butter

Berlin, 20. Nov. Der Reichskommissar für die Vieh-, Milch- und Fettwirtschaft hat mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichskommissars für Preisüberwachung eine Anordnung über Festsetzung von Butterpreisen erlassen, die im Reichsanzeiger vom 20. November veröffentlicht ist.

Demnach gelten vom 21. November ab bei der Abgabe von 50 Kilo Butter seitens der Molkerei an Wiederverkäufer folgende Festpreise:

Deutsche Markenbutter	130 RM.
Deutsche Feine Molkereibutter	127 RM.
Deutsche Molkereibutter	123 RM.
Deutsche Landbutter	118 RM.
Deutsche Kochbutter	110 RM.

Diese Preise gelten einschließlich Fracht und Gebinde ab Versandstation des Erzeugers für alle vom 21. November ab am Empfangsort eintreffenden Sendungen. Zu diesen Preisen sind Zuschläge zugelassen und zwar ein Zuschlag von höchstens 3 RM. als Frachtausgleich, ein weiterer von höchstens 5 RM. bei Lieferungen von Molkereien an Einzelhändler mit höchstens fünf Verkaufsstellen, und schließlich ein weiterer von höchstens 5 RM. bei Lieferung von ausgepökelter Butter.

Für den Verkauf noch nicht molkereimäßig hergestellter Butter gilt bei Abgabe an Wiederverkäufer ein Höchstpreis von 115 RM. und bei unmittelbarer Abgabe an den Verbraucher ein solcher von 135 RM. je Pfund.

Der Verbraucher wird für molkereimäßig hergestellte Butter höchstens folgende Preise zu zahlen haben:

Markenbutter	1.60 RM. je Pfund
Feine Molkereibutter	1.57 RM. je Pfund
Molkereibutter	1.52 RM. je Pfund
Landbutter	1.42 RM. je Pfund
Kochbutter	1.34 RM. je Pfund

und zwar für deutsche und gleichwertige Auslandsbutter. Soweit Verbraucherpreise bisher niedriger lagen, dürfen sie nach dieser Anordnung nicht erhöht werden. Die Verletzung der Preisordnungen ist unter hohe Strafe gestellt (Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 100 000 RM.). Anderweitig erfolgte Preisfestsetzungen verlieren durch diese Anordnung ihre Wirksamkeit.

Der Führer besucht Generaloberst von Blomberg

Dresden, 21. Nov. Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg weilt bekanntlich seit einigen Wochen in Dresden in einem Sanatorium zur Kur. Der Führer und Reichskanzler Adolf Hitler stattete ihm am Mittwoch von München kommend im Sanatorium einen Besuch ab.

Einheitliche Preisüberwachung

Preisfestsetzungen nur durch den Reichskommissar für Preisüberwachung

Berlin, 21. Nov. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat unter Aufhebung oder Abänderung aller bisher getroffenen abweichenden Bestimmungen über die Uebertragung von Aufgaben und Befugnissen des Reichskommissars für Preisüberwachung bestimmt, daß Preise, Preispannen oder Zuschläge aller Art in Zukunft nur noch durch den Reichskommissar für Preisüberwachung festgesetzt werden. Allen anderen Stellen wird jegliche Preisfestsetzung verboten.

Soweit Preise nur begrenzte räumliche Auswirkungen haben, kann die Festsetzung im Einvernehmen mit dem Reichskommissar auch durch die obersten Landesbehörden, in Preußen durch die Oberpräsidenten, in Berlin durch den Staatskommissar erfolgen.

Die Preisüberwachung wird von den obersten Landesbehörden oder den von ihnen bestimmten Stellen der allgemeinen Landesverwaltung durchgeführt. Die Befugnisse zur Schließung von Betrieben wegen Zuwiderhandlungen oder aus sonstigen wichtigen Gründen steht auch den Regierungspräsidenten zu. Selbstverständlich hat sich der Reichskommissar diese Befugnisse auch selbst vorbehalten.

In übrigen sind künftig auch Ordnungsstrafen gegen Unternehmungen, in deren Geschäftsbetrieb eine Zuwiderhandlung gegen die allgemeinen Vorschriften begangen worden ist oder gegen die schuldigen Personen bis zu 1000 RM. für jeden Fall der Zuwiderhandlung vorgezogen.

Die Preisüberwachungsbehörden sind vom Reichskommissar gebeten worden, bei der Preisüberwachung mit den Gau- und Kreisleitern der NSDAP. Rührung zu halten. An die Gau- und Kreisleiter hat der Reichskommissar die Bitte gerichtet, bestimmte Amtsleiter zu bezeichnen, deren Aufgabe es ist, die

bei den Gau- und Kreisleitungen etwa eingehenden Beschwerden zu sammeln und nach Sichtung der nächsten zuständigen Ueberwachungsbehörde der allgemeinen Landesverwaltung zuzuleiten.

Die durch den Erlass getroffenen Bestimmungen werden vom Reichskommissar für Preisüberwachung wie folgt begründet: Die starke Zentralisierung ist erforderlich, um zunächst einmal die in den letzten Monaten aus dem Drange der Ereignisse heraus entwickelte starke Zerplitterung in der Preisüberwachung wieder zu beseitigen. Diese Zerplitterung trug die Gefahr der Entwicklung zu wirtschaftlichen Sondergebieten in sich, die zu unerwünschten wirtschaftswidrigen Warenbewegungen führen. Auch in der Preisüberwachung muß die Wirtschaftseinheit des Reiches gewährleistet bleiben.

Aus dem gleichen Grunde ist davon Abstand genommen, die Festsetzung von Preisen und Spannen den Verwaltungsbezirken in den Ländern zu überlassen. Die Dezentralisation an die obersten Landesbehörden ist zunächst auf diejenigen Fälle, in denen zweifellos Wirkungen über den Landesbezirk hinaus nicht zu befürchten sind, beschränkt worden. Zur Sicherstellung einheitlichen Vorgehens ist eine vorherige Rührungnahme mit dem Reichskommissar vorgezogen. Die Einrichtung von Sammelstellen für die bei den Parteidienststellen eingehenden Beschwerden entspricht einem bereits in einem Gau bewährten Verfahren.

Im Anschluß an keine Anordnung über die Zentralisierung der Preisfestsetzung vom 19. November hat der Reichskommissar für Preisüberwachung die zuständigen Stellen angewiesen, dafür Sorge zu tragen, daß irgend welche Einzelaktionen auf dem Gebiete der Preisfestsetzung nicht mehr stattfinden.

532 740 Abstimmungs berechtigte an der Saar

DNB, Genf, 21. Nov. Die Abstimmungskommission für das Saargebiet hat dem Völkerbundssekretariat einen ausführlichen Bericht über ihre Tätigkeit im September und Oktober zugehen lassen. Darin wird u. a. mitgeteilt, daß die Gesamtzahl der in die Wählerlisten eingetragenen Personen am Stichtag des 26. September 532 740 betrug, von denen 55 794 außerhalb des Gebietes wohnen. Eingehend und mit deutlicher Kritik erörtert der Bericht die Massenempfehlungen, die von den beiden separatistischen Organisationen „Einheitsfront“ und „Arbeitsgemeinschaft“ gegen die Eintragungen in die Wählerliste erhoben worden sind. Außerdem wird erklärt, die Abstimmungskommission habe bei verschiedenen Gelegenheiten feststellen können, daß die örtlichen Behörden in ihrer Mehrzahl offene und Sympathien für die Deutsche Front hätten, daß ihre Arbeit in technischer Hinsicht aber nichtsdestoweniger korrekt und gewissenhaft gewesen sei. Es müßte auch festgestellt werden, daß dort, wo mehrfache Eintragungen derselben Personen vorgekommen seien, diese Personen selbst in vielen Fällen die Berichtigung der Listen verlangt hätten.

Sinhilich des Ganges des Abstimmungsfeldzuges wird u. a. erwähnt, daß wiederholt der Wunsch an die Abstimmungskommission herangebracht worden sei, das Recht zum öffentlichen Auftreten in Wahlveranstaltungen auf die Abstimmungsberechtigten zu beschränken. Die Abstimmungskommission habe nicht geglaubt, diesem Wunsche entsprechen zu können, schon aus dem formalen Grunde, da nach den Bestimmungen der Abstimmungsordnung die Abstimmungsberechtigung jedes einzelnen erst am 17. Dezember endgültig feststehe. Auch habe die Kommission die Tatsache berückichtigen wollen, daß eine derartige Beschränkung die Redefreiheit zahlreicher Personen beeinträchtigen würde, die zwar nicht abstimmten, aber doch sehr wichtige Interessen an der Zukunft des Saargebietes hätten.

In einem Ergänzungsbericht wird die bereits bekannte Aufstellung über die zahlenmäßige Bedeutung und die Art der Erledigung der Einprüfungen gegen die Abstimmungslisten mitgeteilt. Es geht daraus insbesondere hervor, daß von den über 46 000 Einprüfungen gegen die Eintragung von Stimmberechtigten nur 7200 begründet waren.

Raubüberfall auf einen Juwelier

Düsseldorf, 21. Nov. Der Inhaber des Uhren- und Goldwarengeschäfts Max Schlingermann wurde am Dienstag abend von zwei Verbrechern in seinem Laden überfallen und niedergeschossen. Die Täter hatten vorher das Geschäft wiederholt aufgesucht und sich Uhren vorlegen lassen. Nachdem andere Käufer das Geschäft verlassen hatten, zogen die beiden Räuber unter dem Ruf: „Hände hoch!“ ihre Revolver. Einer verlor, die im Nebenzimmer befindliche Schwester des Ueberfallenen mit der Pistole in Schach zu halten. Inzwischen fielen im Laden die tödlichen Schüsse. Trotz Bedrohung drängte die Schwester des Ermordeten den Banditen zur Seite, ließ zur Tür und rief um Hilfe. Hiernauf ergriffen die Verbrecher die Flucht. Sie wurden zwar verfolgt, es gelang ihnen aber, unentdeckt zu entkommen.

Sitzung der Völkerbundsversammlung

Genf, 21. Nov. Die außerordentliche Völkerbundsversammlung, die zur weiteren Behandlung des Chaco-Konflikts einberufen wurde, ist am Dienstag nachmittags unter starkem Andrang von Publikum und Presse im Gebäud. der Völkerbundssekretariats zusammengetreten.

Der vorläufige Präsident, der tschechoslowakische Außenminister Dr. Beneš, widmete den ersten Teil seiner Eröffnungsansprache einem Nachruf auf die beiden Opfer des Maritimer Attentats. Nach Beneš sprach der südslawische Außenminister Zeitlich nur wenige Worte des Dankes an den Präsidenten. Als dritter Redner sprach der französische Außenminister Laval. Auch er rühmte König Alexander als Soldat und gleichzeitig als Friedensfürsten. Die Worte, die Beneš für den verstorbenen französischen Außenminister Barthou sprach, seien allen Franzosen aus dem Herzen gesprochen. Er selbst werde sich bemühen, dem Beispiele Barthous zu folgen, sein Werk fortzusetzen und die Zusammenarbeit mit allen hier versammelten Staaten weiterzuführen.

Zum Chaco-Konflikt stellte Beneš dann fest, daß alle bisherigen Schlichtungsversuche gescheitert seien, und daß die Vermählung mit der Annahme der vorgesehene Empfehlungen den beiden Parteien die Möglichkeit gebe, wieder auf den Rechtsboden des Völkerbunds zurückzutreten. Zur Herstellung einer günstigen Atmosphäre sei die Einstellung der Feindseligkeiten und die Schaffung einer kontrollierten neutralen Zone unbedingt notwendig.

Mexikos Vertreter Najera zum Präsidenten gewählt

Genf, 21. Nov. Die außerordentliche Völkerbundsversammlung für den Chaco-Streitfall hat mit sämtlichen 49 gültigen Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen den mexikanischen Vertreter Najera zum Präsidenten gewählt.

Vertrauliche Abrüstungskonferenz

Genf, 20. Nov. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz ist am Dienstag unter dem Vorsitz Hendersons unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu seiner Tagung zusammengetreten. Außenminister Laval, der am Vormittag in Genf ankam, ließ sich dabei vertreten. Schon heute gibt es allgemein als feststehend, daß die Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz im weitestlichen doch wieder den Charakter einer Vertraulichen Konferenz tragen wird. So gibt es als sicher, daß die Kommission, die sich von neuem mit einem Teil der Abrüstungsfragen befassen soll, nicht vor Januar oder Februar nächsten Jahres zusammentreten wird, da man offenbar die Volksabstimmung im Saargebiet erst abwarten will. Jedenfalls soll von englischer und amerikanischer Seite sehr stark in dieser Richtung gearbeitet werden.

Oesterreich fordert Gleichberechtigung

Genf, 20. Nov. Im Laufe der Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz gab der Vertreter Oesterreichs, Baron Pfygler, die Erklärung ab, seinem Abrüstungsabkommen zustimmen zu können, ohne nicht auch Oesterreich die Gleichberechtigung wenigstens hinsichtlich der Verteidigungsweisen erhalten habe.

Die Behandlung des Marzeller Königsmordes im Völkerbundsrat

Paris, 20. Nov. Der französische Außenminister Laval hat Dienstag mit den hier anwesenden Außenministern der Kleinen Entente geträufelt und mit ihnen, wie man hört, hauptsächlich die Behandlung der Marzeller Mordfrage im Rahmen des Völkerbundes durchbesprochen. Es verlautet, daß Frankreich, wenn auch in sehr vorsichtiger Weise, seinen Einfluß dahin geltend gemacht habe, diese heikle Angelegenheit nicht überhastet zu behandeln. Deshalb gilt es nunmehr auch als feststehend, daß der außerordentliche Völkerbundsrat, der in den nächsten Tagen zusammentreten wird, sich auf keinen Fall mit dem Marzeller Königsmord befassen wird. Trotzdem wird mit der Veröffentlichung der Anklageschrift Südslawiens noch immer gerechnet. In diesem Punkte dürfte der südslawische Außenminister keine Neigung zu Konzessionen zeigen.

Am Dienstag haben sich die hier anwesenden Vertreter der Balkan-Entente zu Besprechungen zusammengefunden.

Tibor Eckhardt nach Genf abgereist

Paris, 21. Nov. Der Abgeordnete Tibor Eckhardt ist am Mittwoch in Begleitung zweier höheren Beamten des Außenministeriums nach Genf abgereist, um als Bevollmächtigter der ungarischen Regierung an den Genfer Verhandlungen teilzunehmen. Eckhardt hat zunächst nur den Auftrag, an den Verhandlungen als Beobachter teilzunehmen und die ungarische Regierung über den Verlauf der Genfer Besprechungen zu unterrichten. Ein selbständiges Vorgehen der ungarischen Regierung beim Völkerbund wird nach wie vor von der Haltung der südslawischen Regierung und etwaigen unmittelbaren gegen Ungarn erhobenen Anschuldigungen abhängig gemacht.

In hiesigen politischen Kreisen verlautet, daß zwischen der italienischen und der ungarischen Regierung eine weitgehende Verständigung über die in Genf gegenüber den südslawischen Anklagen einzunehmende Haltung erzielt worden sei.

Pariser Blätter zu den Besprechungen Lavals

Paris, 21. Nov. Die Pariser Morgenpresse veröffentlicht lange Berichte ihrer Genfer Korrespondenten über den Verlauf der Besprechungen Lavals mit den Ministern der Kleinen Entente. Man zeigt sich im großen und ganzen zufrieden mit den bisherigen Ergebnissen, die nach Ansicht hiesiger Blätter darauf hinauslaufen, daß Südslawien von der Forderung der sofortigen Beendigung seiner Denkschrift abgeht und sich auf ihre Veröffentlichung beschränkt, während die Beratung erst auf der nächsten Sitzung im Januar stattfinden soll. Der Genfer Sonderberichterstatter des „Matin“ stellt im Zusammenhang mit dem Marzeller Mordschlag und den Genfer Verhandlungen darüber fest, daß die deutsch-südslawischen Beziehungen sich dadurch in keiner Weise geändert hätten. Diese Beziehungen hätten sich dank den Bemühungen des Führers von Monat zu Monat verbessert.

Der gleichen Ansicht ist auch die Sonderberichterstatterin des „Ceuro“, die u. a. erklärt, man habe noch nie die unrichtbare Anwesenheit Deutschlands in Genf so gespürt wie gerade jetzt. Diese Anwesenheit sei Tagesgespräch in allen Genfer Kreisen. Die Vertreter der verschiedenen Mächte seien der Auffassung, daß Deutschland heute schon in der Lage sei, Gewalttätigkeiten hervorzubringen, wenn es das wünsche. Infolgedessen verurteilen die Mitglieder des Völkerbundes, Deutschland zur Mitarbeit an einem europäischen Sicherheitsrat herbeizuziehen. In der Saarfrage sei man allgemein der Ansicht, daß die Volksabstimmung zu keinerlei Zwischenfällen Anlaß geben werde.

Laval kündigt Reise nach Rom an

Genf, 21. Nov. Außenminister Laval empfing am Dienstag abend italienische Pressevertreter. Er erklärte ihnen, daß er das Werk Mussolinis aufrichtig bewundere und Italien liebe. Er freue sich im übrigen, ihnen mitteilen zu können, daß er die Hoffnung habe, schon bald nach Rom reisen zu können. Der Stand der italienisch-französischen Verhandlungen löste ihm Hoffnung ein, daß sie zu einem glücklichen Ergebnis geführt werden können.

Ergebnis der Abrüstungskonferenz

... verlegt bis zum Januar

Genf, 21. Nov. Die Rede, mit der der Präsident der Abrüstungskonferenz die geheime Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz eröffnet hat, wurde erst am Nachmittag bekanntgegeben.

Henderson begann mit einem kurzen Nachruf für König Alexander, Barthou und Dollfus. Nachdem Henderson noch den Tod des sowjetrussischen Botschafters Dowgalewski erwähnt hatte, begann er zunächst mit der Verlesung einiger Einwände, die er von pazifistischen Organisationen erhalten habe. Dann erinnete Henderson an seine Vorschläge vom 5. November, deren Hauptinhalt er nochmals betonte. Falls das Präsidium seinen Vorschlägen zustimme, werde er sich mit den verschiedenen Vorsitzenden der betreffenden Ausschüsse für Waffenhandel, Offenlegung der Wehrhaushalte und für allgemeine Bestimmungen in Verbindung setzen, um den Zeitpunkt festzulegen, zu dem ihre Arbeiten wieder aufgenommen werden können. Er werde ihnen, wie er hinzufügte, dafür Mitte Januar vorschlagen.

Nach der Eröffnungsrede Hendersons sprach der amerikanische Vertreter Wilson. Er kündigte dabei die Vorlage eines bis ins einzelne gehenden Entwurfes zur Regelung der Frage des Waffenhandels und der Waffenherstellung an. Gleichzeitig gab er die wesentlichen Richtlinien über die amerikanischen Vorschläge bekannt. Sie lehnen sich sehr eng an die Beschlüsse des im Juli d. J. tagenden Sonderausschusses an. Neu ist hauptsächlich die ausdrückliche Feststellung, daß ein autonomer Sondervertrag über Waffenherstellung und Waffenhandel abgeschlossen werden soll, ohne Rücksicht auf ein später abzuschließendes allgemeines Abkommen. Der amerikanische Entwurf sieht ein System der Kontrolle für die Waffenherstellung und den Waffenhandel in den betreffenden Ländern selbst vor, verstärkt durch eine zweite Kontrolle, die von Genf selbst ausgeht wird. Hierfür soll der zu bildende ständige Abrüstungsausschuß zuständig sein. Schließlich sehen die amerikanischen Vorschläge noch die Veröffentlichung aller Staatshaushalte über Wehrausgaben vor. Zur Abrüstungsfrage selbst sagte Wilson noch kurz, daß seine Regierung seit davon überzeugt sei, daß ohne Abrüstung keine gesunde Grundlage für den Frieden geschaffen werden könne. Sie werde deshalb, wie schon früher, ihre ganze Kraft daran setzen, die Konferenz zu einem Erfolg zu führen.

Nach dem Amerikaner Wilson sprach noch der sowjetrussische Außenminister Litwinow, um seinen alten Vorschlag — Umwandlung der Abrüstungskonferenz in eine ständige Friedens- und Sicherheitskonferenz — zu empfehlen. Das Präsidium beschloß, den „Ausschuß für verschiedene Bestimmungen“ sowohl mit der Frage der Errichtung eines ständigen Abrüstungsausschusses entsprechend dem Vorschlag Hendersons, wie auch mit dem Vorschlag Litwinows zu beauftragen. Gleichzeitig wurden alle übrigen Vorschläge Hendersons angenommen. Die Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz hat damit bereits ihr Ende gefunden.

Ueberraschung in Wien über die Erklärung Pfyglers

Wien, 21. Nov. Die Erklärung des österreichischen Delegierten beim Völkerbund und bei der Abrüstungskonferenz, Gesandten Pfyglers, wonach dieser im Namen seiner Regierung Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage für Oesterreich fordere, hat in Wiener politischen Kreisen ungeheures Aufsehen hervorgerufen. Besonders die scharf formulierte Erklärung, daß Oesterreich nicht gewillt sei, irgend ein Abkommen zu unterzeichnen, wenn kein Begehren nach Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage nicht erfüllt sei, hat hier ungemein überrascht. Man weiß darauf hin, daß Oesterreich noch niemals die Gleichberechtigung vor dem öffentlichen Forum in Genf verlangt hat, und mißt der Erklärung insbesondere mit Rücksicht auf den Pakt von Rom, dessen Ausweitung ja eben erst beschlossen wurde, besondere Bedeutung zu.

Die Schweizer Presse zur Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz

Genf, 21. Nov. Das Ergebnis der Tagung des Präsidiums der Abrüstungskonferenz am Dienstag wird in der Schweizer Presse allgemein als Ueberraschung betrachtet. Dabei geht man allerdings nicht auf die interessanten Bestimmungen des amerikanischen Entwurfs über die Invektivgattung ein, sondern allein auf die politische Konstellation, die sich im Präsidium ergebe.

Das „Journal des Nation“ hebt hervor, daß trotz allem eine politische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Italien bestehe. Italien bleibe seiner im Juni vertretenen Ansicht treu, daß die Fortsetzung der Konferenzarbeiten schädlich sei, solange Deutschland nicht seinen Platz in der Konferenz wieder einge-

nommen habe. Der italienische Vertreter habe nochmals jede Mitarbeit abgelehnt, solange diese Bedingung nicht erfüllt sei. Diese Haltung Italiens müsse als politischer Faktor gewertet werden, dessen Bedeutung man nicht vernachlässigen dürfe.

Was die Haltung Oesterreichs anbelangt, so trägt das „Journal des Nation“, ob der österreichische Vertreter mit seiner Forderung nach Gleichberechtigung nicht auch für das abweisende Deutschland eingetreten sei. Was bedeute sonst der Satz, „daß der Erfolg der Verhandlungen zwischen den großen Staaten eine Wiederaufnahme der Konferenzarbeiten mit sich bringen würde“. Das „Journal des Nation“ stellt die Frage, ob hier eine Lanze für den Viererpakt gebrochen worden sei, den Mussolini vor Schwabegg auf seine Weise „interpretiert“ habe.

Der „Bund“ schreibt zu der österreichischen Erklärung: Es konnte nicht fehlen, daß Oesterreich wegen dieses Vorkalles in gewissen Völkerbundkreisen als Schrittmacher für Ungarn, ja sogar für das Dritte Reich bezeichnet worden sei. Bei einer Betrachtung der realen Verhältnisse aber könne diese Forderung, die ja praktisch nichts anderes bedeute als die Möglichkeit einer Aufrüstung, nur als eine Maßnahme zur Verstärkung der eigenen Sicherheits- und Widerstandsgarantie gegen einen Angriff auf die Selbstständigkeit des Landes gedeutet werden. Das schien jene Kreise sofort vorausgesetzt zu haben, die, wie die Engländer, den Vorkall Pfyglers als die direkte Folge der Zusammenkunft des österreichischen Bundeskanzlers Schwabegg mit Mussolini gedeutet hätten.

Schleppender Verhandlungs-gang im Saar-Unterausschuß

Rom, 21. Nov. Die Saarbesprechungen des finanztechnischen Unterausschusses des Völkerbundes in Rom haben auch am Dienstag fast völlig geruht. Der Vorsitzende, der Engländer Rie-meyer, war seit Samstag von Rom abwesend und kehrte erst am Dienstag abend zurück. Auch die Rückfragen und Rückfragen der beteiligten Staaten haben sich verzögert.

Die römischen Saarbesprechungen wieder aufgenommen. Am Mittwoch sind die Besprechungen über die Saarfrage unter Hinzuziehung der beiderseitigen Sachverständigen wieder aufgenommen worden.

In seiner Vorrede sprach aus Genf mein Tages-Davanzati in der „Tribuna“, die Saarabstimmung sei das einzige Thema in Genf, das wirklich konkreten Wert besitze. Nach einer Verhärterung der französisch-deutschen Pläne seien keine es nun, als ob die beiden Hauptbeteiligten es als wünschenswert erachteten, ohne Zwischenfälle bis zur Abstimmung zu gelangen. Die Saarfrage betreffe auch den Völkerbundrat und interessiere besonders die beiden Garantmächte von Locarno, England und Italien.

Unterredung de Chamberlain-Mussolini

Paris, 21. Nov. Der römische Sonderberichterstatter des „Journal des Nation“ berichtet seinem Blatt über die Unterredung, die der französische Botschafter in Rom, de Chambrun, am Dienstag mit Mussolini hatte und die sehr lange gedauert haben soll. Anschließend an die Unterredung sei de Chambrun mit dem österreichischen Bundeskanzler Schwabegg zusammengetroffen, mit dem er sich über die französisch-österreichischen Beziehungen und die Lage in Oesterreich unterhalten habe.

Das Kabarett Erika Mann

Die „Neue Basler Zeitung“ fordert Maßnahmen gegen die Emigrantenhege.

Genf, 21. Nov. Die „Neue Basler Zeitung“ nimmt die Züricher Tumulten im Kabarett von Erika Mann zum Anlaß, um die Frage der Emigrantenumtriebe in der Schweiz zur Sprache zu bringen. Man begreife ohne weiteres, schreibt das Blatt, daß die national gekannte Zunge gegen diese in ein rüchlerisches Gewand gekleidete und von unseren Behörden geduldete Hege der Emigranten gegen ihr einziges Vaterland demonstrierte. Das Kabarett treibe immer unerbittlicher politische Agitation gegen das nationalsozialistische Deutschland und gebe den hagerfühlten der deutschen Emigranten immer hemmungsloser im schweizerischen Gastland Ausdruck. Es wäre nunmehr an der Zeit, so verlangt die Zeitung, daß die Bundesbehörden der agitatorischen Tätigkeit der deutschen Emigranten, die immer gefährlicher werde, ihre Aufmerksamkeit schenken würden. Die Schweiz dürfe nicht zum Schauplatz von Kundgebungen weder für noch gegen das nationalsozialistische Deutschland werden. Die Züricher Zwischenfälle haben gezeigt, wie gefährlich es sei, wenn die Behörden die deutschen Emigranten Antriebe und Antrieben im Lande verbreiten lassen. Die von den sozialistischen Behörden der Schweiz geschützten Emigranten, welcher Nationalität sie auch sein mögen, dürften das ihnen gewährte Asylrecht nicht weiter zur Vergiftung der schweizerischen Beziehungen zu den Nachbarstaaten mißbrauchen.

Die Siegerin

Roman von J. Schneider, F. Förster
URHEBER-RECHTSSCHUTZ: VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(30. Fortsetzung.)

Behutsam drückte er die Klinken herab und trat ein. Trotzdem kein Licht brannte, drang doch von außen genügend Helle in den Raum, daß die Gegenstände zu erkennen waren. Verschwommen schimmerten die weißen Tafeln des Bettes vor ihm auf.

Die Kissen zeigten keinen Eindruck, die Decke war glattgezogen. „Stephanie!“

Er hörte seine eigene Stimme im Zimmer widerhallen. Die Jofe kam gelaufen, einen Morgenrock übergeworfen, mit schlaftrunkenem Blick. „Ist die Signora krank?“

Er zeigte nach dem leeren Bett. „Wissen Sie, wohin sie gegangen ist?“

„Ich weiß es nicht, mein Herr! — Bei Santa Maria de la Travestare — ich weiß es nicht!“ Sie hatte Furcht vor ihm, wie er, die Finger in die Kissen gedrückt, die Augen in sie hineingeblickt.

Die Madonna del Angelo soll mich tot zu Ihren Füßen sehen, wenn ich auch nur gehört habe, daß ihr Fuß über die Treppe ging. — Und ich schlafte so leise.“

„Sehen Sie nach, ob meine Frau etwas an Gepäck mit sich genommen hat! Sie wissen am besten, was sie von Rom mit herausbrachte.“

Die Jofe räunte aufgeregt in den Schufladen und sah die Kleider durch, die im Schrank hingen. „Die Signora hat nichts mit sich genommen. Selbst die Robe, die sie am Abend getragen hat, ist hier.“ Sie hielt dabei das pastellblaue Seidenkleid hoch, das Stephanie zum Abendlich übergeworfen hatte.

Dann schrie sie plötzlich auf: „Das Badetrikot fehlt!“

— Ach, Signora, nun brauchen Sie sich nicht mehr zu ängstigen. Die Signora hat noch ein Bad genommen.“

— Förmlich erleichtert, machte sie sich daran, die Kleider in den Schrank zurückzuräumen und die Schufladen wieder zu schließen. Das war ein ordentlicher Schreck gewesen!

Unter Kiel legt die Gartentür ins Schloß. Hans-Jörg war es gewesen, der sie in die Angeln geschleudert hatte. In seinen leichten Hauschuhen, den Rock geöffnet, überprang er die Straße und lief den Strand entlang.

Die Hände vor dem Mund gehöhlt, schrie er in das Brausen des Meeres. „Stephanie!“ Zwecklos! Er trommelte den Bootsverleiher heraus, der sie am Abend ein Stück ins Meer hinausgefahren hatte.

„Dio!“ fluchte der Alte. „Nicht, nachts um eins. Kostet die dreifache Taxe!“

„Die zehnjährige!“ versprach Merlin.

Der Graubärige sah ihn an, nickte und sperrte die Tür zum Bootshaus auf. Das Knarren ihrer verrosteten Angeln rief seinen zwanzigjährigen Sohn aus dem Hause. Er schien sofort zu begreifen, um was es sich handelte: „Sie ist keine zehn Meter von hier hineingekommen.“

„Eine Dame im Badetrikot!“ rief Merlin hervor.

„Ja, ja!“

„Und du hast sie nicht herausgeholt, du Maulesel du?“ empörte sich der Alte.

Der Bärige lächelte und zeigte dabei alle Zähne.

„Dachte ich's, daß die Signora nicht mehr leben wollte?“

— Bei der Madonna, ich hätte sie zurückgeholt!“ Er half dem Vater das schwere Boot aus der Hütte ziehen, daß es wie ein dunkler Bal gegen den Landungssteig stieß.

„Robin?“ knurrte der Alte. Und in Merlins verzweifeltes Gesicht schend, meinte er freundlicher: „Steigen Sie ein, Signor. In einer Stunde ist es hell.“

— Kann sie schwimmen?“

„Weser als ein Mann!“

„Ja bene! Dann ist es gut!“ und Hans-Jörgs verständnisloses Blick auffassend, sagte er gelassen: „Ein richtiger Schwimmer ertrinkt nicht so leicht.“

— Auch das Ertrinken muß man können, Signor!“

Hans-Jörg hatte das Empfinden, daß der Alte ihn trösten wollte.

Der junge Bärige schob mit einem kräftigen Ruck das Fahrzeug der ersten Welle entgegen. Sie nahm das Boot auf und trug es mit sich fort, dem offenen Meere zu. Der Wind strich in leichter Brise West-Nordwest.

„Ganz lau“, sagte der Graubär, als ihm bei einer scharfen Wendung ein Sprühhregen ins Gesicht fuhr. „Gibt noch ein Wetter heut' zum Mittagessen.“

Merlin suchte mit starren Augen die schimmernde Fläche ab. Jede Welle erregte seine Aufmerksamkeit.

Plötzlich rief er einen leisen Ruf aus, aber es war nur eine Woge, die weit dranken im Licht des erwachenden Morgens heranzuschwimmen schien. Den Mund zu einer schmalen Linie verzogen, sah er wieder reglos.

Nein! Wölfe! Sie kamen am Horizont auf. Sie hatten einen weichen Schimmer an der Spitze, morgendliche Blau des Himmels geworfen und zeichneten am Rand des Himmels rötliche Streifen.

Der Graubär schien auf nichts als sein Steuer zu achten, aber als Merlin ihn fester ins Auge nahm, machte er die Entdeckung, daß er schwarzen Blutes die endlose Wasserfläche hinauf und hinunter spähte. Und plötzlich änderte er den Blickwinkel, den er bisher genommen hatte und schlug eine schräg gerade, nach Osten führende Linie ein.

„Robin?“ Es war das erste Wort, das Hans-Jörg sprach.

Mit der Linken zeigte der Schiffer nach einem winzigen dunklen Punkt am Horizont. Marina del Mario. Früher haben ein paar Säcken dort gestanden. Aber seit sich das Fischen nicht mehr lohnt, sind sie ohne Bewohner. Aber es geht eine Strömung dort vorüber, die schwemmt die Toten an. Es gibt immer wieder welche, die vor dem Leben fliehen.“ Und als Jörg nichts erwiderte, sagte er etwas lauter: „Auf Marina del Mario halte ich jetzt zu.“

— Velleicht — dann wollen wir umkehren.“

Merlins Augen starrten dem näherkommenden Punkt entgegen und weiteten sich immer mehr.

— Immer noch schob das Boot geradeaus. Die Welle stieß an ihm empor.

(Fortsetzung folgt.)